CDU-Fraktion
im Rat der Stadt
Wuppertal

FDP-Fraktion im Rat
der Stadt Wuppertal

Herrn Oberbürgermeister
Prof. Dr. Uwe Schneidewind

Gemeinsamer Antrag

Datum 24.06.2024

Drucks. Nr. **VO/0856/24/1-Neuf.**
öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
01.07.2024	**Rat**

Kurzfristige Verbesserung der Situation von Pedelec- und Elektrokleinstfahrzeugen im Verleihsystem

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und FDP im Rat der Stadt Wuppertal beantragen, der Rat der Stadt Wuppertal möge folgendes beschließen:

Beschlussvorschlag

1. Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig und vor Erteilung/Verlängerung einer Sondernutzungserlaubnis für Pedelec- und Elektrokleinstfahrzeuge im Verleihsystem in Wuppertal (E-Scooter, E-Bikes) eine verpflichtende Registrierung mittels Personalausweis oder Führerschein vor Fahrtantritt in die Kooperationsverträge mit Verleihfirmen aufzunehmen.

2. Eine Erteilung/Verlängerung einer Sondernutzungserlaubnis wird mit einer Gebühr in Höhe von EUR 30,-- pro Verleihgerät berechnet.

Begründung:

Der Rat der Stadt Wuppertal hat beschlossen, dass das Verleihsystem so zu gestalten ist, dass nur volljährige Personen die Verleihsysteme nutzen dürfen. In der Vergangenheit wurde allerdings häufig festgestellt, dass sowohl Jugendliche unter 18 Jahren die Verleihsysteme nutzen als auch die sogenannten E-Scooter zu zweit genutzt wurden. Dies sowohl von Jugendlichen als auch von über 18-jährigen Personen. Ohne Identitätsfeststellung können

Meldungen von verkehrs- und verleihwidrigem Verhalten an das Ordnungsamt/Bußgeldstelle/Verleiher nicht wirksam werden bzw. laufen oft ins Leere.
Eine Identifikation des Nutzers ist auch aufgrund der Bezahlfunktion (z.B. Paypal) mit Hinweis auf den Datenschutz nicht gewährleistet.

Eine nachträgliche Identitätsfeststellung ist mit hohem Aufwand und Kosten verbunden und somit unverhältnismäßig. Der missbräuchlichen Nutzung, aber auch der Feststellung der Verantwortung z.B. bei Unfällen und Beschädigungen soll durch die Identitätsfeststellung vorgebeugt werden.
Die aktuelle Sondernutzungsgebühr deckt nicht die Kosten u.a. für die Einrichtung/Kontrolle/ Verwaltung für die Verleihsysteme, von ggf. zusätzlichen Bodenmarkierungen oder sonstigen Maßnahmen und liegt deutlich unter den Gebühren anderer Städte. Dies soll durch eine ak-zeptable Erhöhung korrigiert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Herhausen
Fraktionsvorsitzender
CDU-Fraktion

Karin van der Most und René Schunck
Fraktionsvorsitzende
FDP-Fraktion